

===== Fachdienst Gebäudewirtschaft,  
Tiefbau und Grünflächen  
- Fachdienstleiter

---

Neumünster,	21.11.2016
Sachbearbeiter/in:	Herr Schnittker
App.:	2650
Aktenzeichen:	60

**Stadtpräsidentin  
Anna-Katharina Schättiger**

**h i e r**

**Einwohnerfragen zur Ratssitzung am 22.11.2016 von Herrn Feldmann-Jäger zur Radverkehrsanbindung der Entwicklungsfläche Nord/Gewerbepark Eichhof**

Sehr geehrte Frau Schättiger,

nachfolgend erhalten Sie die Antworten auf die Einwohnerfragen von Herrn Feldmann-Jäger zur Radverkehrsanbindung der Entwicklungsfläche Nord/Gewerbepark Eichhof:

**Frage 1:**

*„Warum wurde der Auftrag der Selbstverwaltung, eine Radweganbindung bis zur Inbetriebnahme des Gewerbeparks sicherzustellen, nicht realisiert?“*

**Antwort:**

Im April 2014 beauftragte der Bau- und Planungsausschuss die Verwaltung, eine Radwegplanung entlang der Rendsburger Straße vom Stoverbergskamp bis zur Einmündung der Straße Krimm zu erstellen. Die Vorplanungen ergaben Kosten von ca. 350.000 € ohne Grunderwerb und Beleuchtung. Die Verwaltung machte den Vorschlag, Schutzstreifen auf der Fahrbahn zu markieren. Zurzeit läuft ein bundesweites Modellprojekt, Radfahrerschutzstreifen auch Außerorts bei 70 km/h anordnen zu können.

Da die Projekte noch geprüft und ausgewertet werden müssen und das Land Schleswig-Holstein zurückhaltend und skeptisch ist, war eine schnelle Umsetzung für die Rendsburger Straße nicht möglich.

Der Stadtteilbeirat Gartenstadt unterstützt durch die Politik, ADAC und ADFC schlagen vor, das Ortsschild in Höhe Stoverbergskamp zur Einmündung Krimm zu versetzen. Durch diese Innerortslage mit 50 km/h wäre die Markierung der beidseitigen Schutzstreifen für Radfahrer sofort möglich.

Im Rahmen von mehreren Gesprächsrunden und schriftlichem E-Mail Verkehr wird festgestellt, dass die Polizei, der Straßenbaulastträger Tiefbau, die Verkehrsbehörde und die Aufsichtsbehörde LBV gegen ein Umsetzen des Ortsschildes sind. Begründet wird dies damit, dass keine Innerortsverhältnisse und geschlossene Bebauung beidseits der Straße K1 vorhanden sind.

Im Frühjahr 2016 wurde die Beleuchtung errichtet, um die Erreichbarkeit zum Gewerbepark zu verbessern und ein weiteres Argument für die Gestaltung einer

Innerortslage zu erreichen. Weitere Bedingungen zur Innerortslage wären die direkten Bebauungen an der Rendsburger Straße K1, die noch nicht vorliegen.

**Aus den vorgenannten Gründen konnte die markierte Radwegeanbindung daher noch nicht umgesetzt werden. Zwischen den Beteiligten wurde noch keine Einigung erzielt.**

**Frage 2:**

*„Welche Schritte, Maßnahmen, Gespräche, u. a. wurden von der Verwaltung, seit Auftragserteilung durch die Selbstverwaltung, mit welchen Ergebnissen, unternommen?“*

**Antwort:**

In mehreren Projektsteuerungssitzungen in 2015 und 2016 wurde beraten, wie die Aufsichtsbehörde LBV, die Polizei und der Straßenbaulastträger überzeugt werden können, einen Radweg durch eine Markierung herzustellen.

Eine Einigung – d. h., eine Genehmigung der Markierung des Radweges auf der Straße – erscheint nur möglich, wenn das örtliche Erscheinungsbild mehr einer Innerortslage entspricht.

**Erst wenn erheblich mehr Gebäude im Gewerbepark entstanden sind, glaubt die Verwaltung, die Aufsichtsbehörden überzeugen zu können.**

Frühzeitige Gespräche würden nach Einschätzung der Projektgruppe nur die derzeitigen Einschätzungen verhärten.

**Frage 3:**

*„Wann ist mit der Umsetzung des Beschlusses der Selbstverwaltung zu rechnen und in welcher Ausstattung?“*

**Antwort:**

Nachverkehrlicher Anordnung der Umsetzung des Ortsschildes und der Anordnung der Markierung der Schutzstreifen könnte die Maßnahme realisiert werden.

**Frage 4:**

*„Warum wurden die Selbstverwaltungsgremien (Hauptausschuss, BPU bzw. PU, Stadtteilbeirat) von der Verwaltung bisher nicht über die fehlende Umsetzung der Beschlüsse unterrichtet und welche Konsequenzen werden von den Selbstverwaltungsgremien Hauptausschuss (grundsätzliche Kontrollfunktion), BPU bzw. PU (fachliche Kontrollführung) aus der fehlenden Umsetzung gezogen?“*

**Antwort:**

Im Stadtteilbeirat wurde am 25.03.2015 unter TOP 4 die Radverkehrsanbindung der Entwicklungsfläche Nord im Detail vorgestellt und beraten.

Nachfolgend der Protokollauszug zu TOP 4:

*„Herr Kriese erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und übergibt den Vorsitz für TOP 4 an seinen Vertreter. Herr Kriese nimmt an der Diskussion und an der Abstimmung nicht teil.*

*Frau Schuhmacher (Verwaltung) stellt die Planung für einen Radweg vom Stoverbergskamp bis zu Industriegebiet Nord vor. Ein kombinierter Rad- und Fußweg von 2,5 m Breite auf der Nordseite wäre realisierbar, Kosten ca. 350.000 € ohne Beleuchtung, Dauer für Planung und Genehmigung etwa 2 Jahre. Es besteht kein Zeitdruck, da die erste Fima am 03.10.2016 ihre Arbeit aufnehmen wird.*

*Eine Alternative zum Radweg wäre der Schutzstreifen, der im Modellversuch in Schleswig-Holstein auf der K79, K97 und K98 erfolgreich erprobt worden ist. Der Schutzstreifen wird jedoch erst in ca. 3 Jahren Eingang in die STVO finden. Empfehlung der Verwaltung: Warten auf den Schutzstreifen.*

*Aussprache:*

- *Herr Scheiwe fragt nach den Anliegerbeiträgen, Frau Schuhmacher: Anliegerbeiträge fallen nicht an.*
- *Herr Feldmann-Jäger übt Kritik an der Verwaltung, da diese es versäumt hat bei der Planung des Industriegebiets Fußgänger und Radfahrer nicht berücksichtigt wurden. Eine nachträgliche Planung verursacht erhöhte Kosten.*
- *Herr Feldmann-Jäger schlägt vor, das Ortsschild so zu versetzen, dass ein Schutzstreifen innerorts angebracht werden könnte (innerorts ist der Schutzstreifen laut StVO schon heute möglich). Frau Schuhmacher ist nicht zuständig, wird aber die Idee weiterreichen.*
- *Ratsfrau Böhse hält eine neuere Zählung des Radverkehrs für erforderlich. Sie schlägt vor die Variante „Schutzstreifen“ zu prüfen.*

*Herr Feldmann-Jäger bringt eine Stellungnahme zur Radverkehrsanbindung ein.*

*Eine Bürgerin moniert die fehlende Beleuchtung.*

*Die Stellungnahme wird ergänzt: „Grundsätzlich spricht sich der Stadtteilbeirat für eine Rad-/Schutzstreifenlösung (innerorts und beleuchtet) aus.“*

Die Verwaltung ging bis zur Einwohnerfrage von Herrn Feldmann-Jäger davon aus, dass aktuell kein Informationsbedarf besteht.

Auch im Protokoll oder Stadtteilbeiratssitzung des Stadtteilbeirates Gartenstadt vom 28.09.2016 wird unter TOP 4 Beschlusskontrolle die Radverkehrsanbindung der Entwicklungsfläche Nord/Gewerbepark Eichhof nicht aufgeführt.

**Frage 5:**

*„Welcher Fachdienst wird die Umsetzung der Radwegeanbindung ab sofort federführend organisieren, damit die Radwegeanbindung umgehend realisiert werden kann?“*

**Antwort:**

Die Verwaltung – hier Fachdienstleiter 60 und Fachdienstleiter 32 – werden zu gegebener Zeit ein Gespräch mit der Aufsichtsbehörde LBV führen.

Über das Ergebnis des Gespräches wird die Verwaltung berichten.



Dr. Olaf Taurus  
Oberbürgermeister